

WALHALLA

Hans-Peter Welte

Inhaftierung im Ausländerrecht

Haftarten – Verfahren – Praktische Umsetzung

Dieses E-Book enthält den Inhalt der gleichnamigen Druckausgabe, sodass folgender Zitiervorschlag verwendet werden kann:

Dr. Hans-Peter Welte, Inhaftierung im Ausländerrecht
Walhalla Fachverlag, Regensburg 2022

Hinweis: Unsere Werke sind stets bemüht, Sie nach bestem Wissen zu informieren. Alle Angaben in diesem Werk sind sorgfältig zusammengetragen und geprüft. Durch Neuerungen in der Gesetzgebung, Rechtsprechung sowie durch den Zeitablauf ergeben sich zwangsläufig Änderungen. Bitte haben Sie deshalb Verständnis dafür, dass wir für die Vollständigkeit und Richtigkeit des Inhalts keine Haftung übernehmen.

Bearbeitungsstand: Februar 2022

WALHALLA Digital:

Mit den WALHALLA E-Books bleiben Sie stets auf aktuellem Stand! Auf www.WALHALLA.de finden Sie unser komplettes E-Book- und App-Angebot. Klicken Sie doch mal rein!

Wir weisen darauf hin, dass Sie die gekauften E-Books nur für Ihren persönlichen Gebrauch nutzen dürfen. Eine entgeltliche oder unentgeltliche Weitergabe oder Leihe an Dritte ist nicht erlaubt. Auch das Einspeisen des E-Books in ein Netzwerk (z. B. Behörden-, Bibliotheksserver, Unternehmens-Intranet) ist nur erlaubt, wenn eine gesonderte Lizenzvereinbarung vorliegt.

Sollten Sie an einer Campus- oder Mehrplatzlizenz interessiert sein, wenden Sie sich bitte an den WALHALLA-E-Book-Service unter 0941 5684-0 oder walhalla@walhalla.de. Weitere Informationen finden Sie unter www.walhalla.de/b2b.

© Walhalla u. Praetoria Verlag GmbH & Co. KG, Regensburg
Dieses E-Book ist nur für den persönlichen Gebrauch bestimmt.
Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Bestellnummer: 7658600

Schnellübersicht

Einleitung	13	
Historische Entwicklung	25	I
Unionsrechtliche Vorgaben für die Inhaftierung von Ausländern	29	II
Haftarten und Haftvollzug	63	III
Die Abschiebungshaft	89	IV
Der Ausreisegewahrsam	147	V
Die ergänzende Vorbereitungshaft für gefährliche Ausländer	157	VI
Die Zurückweisungshaft	173	VII
Literaturverzeichnis	183	VIII
Stichwortverzeichnis	187	IX

Gesamtinhaltsübersicht

Einleitung	13
Vorwort	14
Abkürzungsverzeichnis	16
I. Historische Entwicklung	25
1. Abschiebungshaft	26
2. Ergänzende Vorbereitungshaft.....	27
II. Unionsrechtliche Vorgaben für die Inhaftierung von Ausländern.....	29
1. Rückführungsrichtlinie.....	31
1.1 Allgemeines	31
1.2 Durchführung von Unionsrecht.....	34
1.3 Zielsetzung und Regelungsgehalt der Rückführungsrichtlinie.....	34
1.4 Personeller Anwendungsbereich	35
1.5 Anwendung von Zwangsmitteln.....	37
1.6 Regelungsinhalt.....	38
1.7 Familienschutz und Schutz von Minderjährigen.....	38
1.8 Inhaftierung.....	39
1.9 Inhaftierung von Minderjährigen und Familien mit Minderjährigen.....	39
1.10 Ausblick	44
2. Dublin-III-Verordnung – Überstellungshaft	46
2.1 Haftvoraussetzungen nach der Dublin-III-Verordnung – Umsetzung in nationales Recht.....	46
2.2 Normadressaten	48
2.3 Haftgrund	48
2.4 Annahme einer erheblichen Fluchtgefahr	49

2.5	Zusätzliche Anhaltspunkte für das Vorliegen einer erheblichen Fluchtgefahr.....	52
2.6	Zulässigkeit eines Haftantrags	53
2.7	Festhalten und vorläufige Ingewahrsamnahme.....	54
2.8	Verfahrensvorschriften	54
2.9	Haftbedingungen und Garantien für die Haft	55
2.10	Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems – Ausblick	55
2.11	Reformvorschläge der Kommission in Bezug auf Rückführungsmaßnahmen	61
2.12	Ergebnisse der deutschen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union	61
III.	Haftarten und Haftvollzug.....	63
1.	Haftarten im Aufenthaltsgesetz	64
2.	Haftvollzug und Haftbedingungen	65
2.1	Vollzug der Abschiebungshaft.....	65
2.2	Haftbedingungen.....	68
IV.	Die Abschiebungshaft	89
1.	Sachlicher Anwendungsbereich	91
2.	Personeller Anwendungsbereich	91
3.	Formen der Abschiebungshaft.....	92
4.	Zweck der Abschiebungshaft.....	92
5.	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Inhaftierung Minderjähriger	93
5.1	Zur Frage der Unerlässlichkeit	94
5.2	Mildere Eingriffsmaßnahmen	94
5.3	Zur Inhaftierung Minderjähriger	94
6.	Abschiebungshaft bei Asylantrag.....	96
7.	Die Vorbereitungshaft	98
7.1	Allgemeines	98

7.2	Dauer der Vorbereitungshaft.....	100
8.	Die Sicherungshaft	102
8.1	Grundvoraussetzungen für die Beantragung von Sicherungshaft.....	102
8.2	Gründe für die Sicherungshaft.....	104
8.3	Bestehen einer Fluchtgefahr	104
8.4	Vermeidung der Fluchtgefahr	105
8.5	Widerlegliche Vermutung einer Fluchtgefahr	106
8.6	Konkrete Anhaltspunkte für eine Fluchtgefahr	111
8.7	Unerlaubte Einreise und vollziehbare Ausreisepflicht.....	114
8.8	Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG.....	116
8.9	Unzulässigkeit der Sicherungshaft.....	117
8.10	Dauer der Sicherungshaft.....	121
9.	Die Mitwirkungshaft.....	125
9.1	Gesetzeszweck.....	125
9.2	Anwendungsbereich	125
9.3	Dauer der Mitwirkungshaft.....	126
10.	Verfahren – Zuständigkeit für die Anordnung von Abschiebungshaft	127
10.1	Verfahren	127
10.2	Festhalten und vorläufiger Gewahrsam	127
10.3	Schriftlicher Haftantrag	129
10.4	Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft	133
10.5	Pflicht zur unverzüglichen persönlichen Vorführung	135
10.6	Anhörung des Ausländers	136
10.7	Unterrichtung einer Vertrauensperson	138
10.8	Bewilligung von Prozesskostenhilfe.....	139
10.9	Bestellung eines Verfahrenspflegers	139
10.10	Belehrung.....	140
10.11	Zuständigkeit.....	141

V.	Der Ausreisegewahrsam	147
1.	Gesetzeszweck.....	148
2.	Beispiele für den Ausreisegewahrsam.....	148
3.	Rechtscharakter des Ausreisegewahrsams.....	149
4.	Anordnung des Ausreisegewahrsams.....	150
4.1	Vorliegen eines Sicherungsgrundes.....	150
4.2	Voraussetzungen für die Anordnung des Ausreisegewahrsams.....	150
4.3	Dauer des Ausreisegewahrsams.....	152
4.4	Absehen vom Ausreisegewahrsam	153
4.5	Beendigung des Ausreisegewahrsams	153
4.6	Ort des Ausreisegewahrsams	153
4.7	Anwendung des Abschiebungshaftregimes	154
4.8	Festhalten und vorläufige Ingewahrsamnahme, Richtervorführung.....	154
VI.	Die ergänzende Vorbereitungshaft für gefährliche Ausländer.....	157
1.	Vorbemerkung.....	158
2.	Gesetzeszweck.....	158
3.	Vorgaben des Rechts der Europäischen Union und völkerrechtlicher Vorschriften	160
4.	Rechtscharakter der ergänzenden Vorbereitungshaft....	161
5.	Voraussetzungen für die Anordnung der ergänzenden Vorbereitungshaft.....	161
6.	Personeller Anwendungsbereich	161
7.	Haftgrund	162
8.	Bestehen einer besonderen Gefahrenlage	163
9.	Erforderlichkeit der ergänzenden Vorbereitungshaft	164
10.	Dauer der ergänzenden Vorbereitungshaft	164
11.	Vollzug der ergänzenden Vorbereitungshaft in Hafteinrichtungen.....	166

11.1	Unionsrechtliche Vorgaben	166
11.2	Vollzug in speziellen Hafteinrichtungen	167
11.3	Vollzug außerhalb spezieller Hafteinrichtungen – Ausnahmefälle.....	167
12.	Festhalten und vorläufige Ingewahrsamnahme ohne richterliche Anordnung.....	169
12.1	Regelungsinhalt.....	169
12.2	Verfassungsrechtliche Anforderungen.....	169
12.3	Voraussetzungen für das Festhalten und die vorläufige Ingewahrsamnahme.....	170
12.4	Pflicht zur unverzüglichen Vorführung beim Haftrichter	170
VII.	Die Zurückweisungshaft.....	173
1.	Voraussetzungen, Zuständigkeit.....	174
2.	Zurückweisungshaft bei Einreise an einer EU-Außengrenze	175
3.	Zurückweisungshaft bei Einreise an einer Binnengrenze.....	177
4.	Zurückweisungshaft zum Zweck der Überstellung eines Asylsuchenden in den für die Überprüfung des Antrags auf internationalen Schutz zuständigen EU-Mitgliedstaat	178
5.	Unterbringung in einer Transitunterkunft.....	178
6.	Unterbringung im Flughafenbereich bei Zurückweisung	181
VIII.	Literaturverzeichnis	183
IX.	Stichwortverzeichnis	187

Einleitung

Vorwort	14
Abkürzungsverzeichnis	16

Einleitung

Vorwort

Seit Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes am 1.1.2005 sind die Rechtsgrundlagen für die Inhaftierung von Ausländern zwecks Rückführung mannigfach geändert und dabei auch den Vorgaben des Europäischen Unionsrechts angepasst worden.¹ Das Festhalten und der vorläufige Gewahrsam ohne vorherige richterliche Anordnung wurden im Aufenthaltsgesetz bei den einzelnen Haftmaßnahmen fixiert. Ein Rückgriff auf entsprechende ordnungsrechtliche Regelungen der Länder hat sich dadurch auch im Interesse einer einheitlichen Rechtsanwendung im Migrationsbereich erübrigt.²

Einen erheblichen Änderungs- und Anpassungsbedarf im innerstaatlichen Recht haben die Rückführungsrichtlinie 2008/115/EG, die u. a. besondere Bedingungen an die Haftunterbringung von Ausländern, insbesondere von schutzbedürftigen Personen, durch die Ausländerbehörden stellt, und die Dublin-III-Verordnung mit sich gebracht, die – wie auch die Rückführungsrichtlinie – für eine Inhaftierung das Bestehen einer „Fluchtgefahr“ zwingend voraussetzt. Dabei ist nicht zu verkennen, dass beide Rechtsakte im Rahmen der in Vorbereitung befindlichen Neukonzeption des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) grundlegenden Änderungen unterworfen oder – wie die Dublin-III-Verordnung – ersetzt werden, was sich im innerstaatlichen Bereich auch legislatorisch auswirken wird. Zu dem Reformprozess auf Unionsebene und dem mit einer Inhaftierung verbundenen Problembereich wurden in dem Praxis- handbuch Ausführungen gemacht.

¹ Vgl. *Hörich/Tewocht*, Zum Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht, NVwZ 2017, 1153–1160.

² Da die Ausländerbehörden nach dem für sie seinerzeit maßgeblichen bundeseinheitlichen Ausländerrecht nicht befugt waren, selbst ohne richterliche Vorabanordnung Maßnahmen zur Durchsetzung von Abschiebungshaft zu treffen (vgl. BVerwGE 62, 317, 320; BGH, NJW 1993, 3069, 3070; OLG Frankfurt, InfAuslR 1995, 361 f. und NVwZ 1998, 213 f.), konnte sich eine Ermächtigungsgrundlage für die Festnahme des Betroffenen und den anschließenden Verwaltungsgewahrsam nur entweder aus dem Polizei- und Ordnungsrecht der Länder oder aus dem Strafprozessrecht ergeben.

In dem Praxishandbuch werden auch die neuen Haftformen, der Ausreisegewahrsam, die ergänzende Vorbereitungshaft und die Überstellungshaft sowie die Haftbedingungen hinsichtlich der Unterbringung von besonders schutzbedürftigen Personen erläutert.

Das Praxishandbuch eignet sich auch für die Ausbildung der Bediensteten im Abschiebungshaftvollzug, da es in seiner Themenvielfalt den Rahmenstoffplan³ umfasst.

Für das Verständnis und die Transparenz der Sachzusammenhänge ist eine Zusammenschau der praxisorientierten Erläuterungen mit den aktuellen ausländerrechtlichen Vorschriften unerlässlich. Zu empfehlen ist hier die Textausgabe „Ausländerrecht, Migrations- und Flüchtlingsrecht“, ebenfalls im WALHALLA Fachverlag erschienen.

Bitte beachten Sie: Dieses Praxishandbuch behandelt selbstverständlich Problem- und Fallkonstellationen bei Inhaftierungen sowohl von Ausländern und deren Kindern wie auch von Ausländerinnen und Intersexuellen.⁴ Die im Buch verwendeten männlichen Bezeichnungen wurden lediglich zur Vereinfachung und besseren Lesbarkeit gewählt.

Dr. Hans-Peter Welte

³ Vgl. z. B. § 7 der Sächsischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung Abschiebungshaft – SächsAPOAHaft – vom 25.1.2019.

⁴ Biologisch weder als Mann noch als Frau einzustufen.

I. Historische Entwicklung

1. Abschiebungshaft

Das ordnungsrechtliche Instrument der **Abschiebungshaft** nach § 62 AufenthG war ebenso wie die **Ausweisung** und die **Abschiebung** in den Vorgängerregelungen des Aufenthaltsgesetzes etabliert. So war die Abschiebungshaft im Ausländergesetz 1990 in § 57 und im Ausländergesetz 1965 in § 16 geregelt. Dadurch wird dem in Art. 2 Abs. 2 Satz 3 i. V. m. Art. 104 Abs. 1 Satz 1 GG verankerten **Gesetzesvorbehalt** hinsichtlich des **Eingriffs in die Freiheit der Person** (freiheitsentziehende Maßnahme) entsprochen.

Seither stehen die **Anordnung der Abschiebungshaft** oder des Ausreisegewahrsams als freiheitsentziehende Maßnahmen unter dem **Richtervorbehalt** des Art. 104 Abs. 2 Satz 1 GG. Für den **schwersten Eingriff in das Recht der Freiheit der Person**, die Freiheitsentziehung, fügt Art. 104 Abs. 2 GG dem **Vorbehalt des (förmlichen) Gesetzes** den weiteren, verfahrensrechtlichen **Vorbehalt einer richterlichen Entscheidung** hinzu, der nicht zur Disposition des Gesetzgebers steht.⁵ Der Richtervorbehalt dient der verstärkten Sicherung des Grundrechts aus Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG. Alle staatlichen Organe sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass der **Richtervorbehalt als Grundrechtssicherung** praktisch wirksam wird.⁶

Hingegen bedarf die Durchführung der **Abschiebung** als Vollstreckungsmaßnahme in der Form des unmittelbaren Zwangs oder die vorübergehende Unterbringung im Flughafenverfahren nicht der richterlichen Anordnung, da es sich bei ihnen lediglich um **freiheitsbeschränkende Maßnahmen** handelt.

Durch Art. 1 Nr. 35 des Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung vom 27.7.2015 (BGBl. I S. 1386) ist § 62b AufenthG, in dem der **Ausreisegewahrsam** geregelt ist, mit Wirkung vom 1.8.2015 in das Aufenthaltsgesetz eingefügt worden. Daneben gibt es seit Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes am 1.1.2005 die Möglichkeit, eine **Ausreiseeinrichtung** nach § 61 Abs. 2 AufenthG für ausreisepflichtige Ausländer einzurichten.

⁵ Vgl. BVerfGE 10, 302.

⁶ Vgl. BVerfGE 105, 239; vgl. zu Art. 13 Abs. 2 GG BVerfGE 103, 142.

Auf welche **Art und Weise die Abschiebehäftlinge unterzubringen** sind, regelt § 62a AufenthG in Umsetzung des Art. 16 der Rückführungsrichtlinie 2008/115/EG (RFRL). Grundsätzlich sind besondere Hafteinrichtungen für Abschiebungshäftlinge vorzusehen. Nur in Ausnahmefällen, wie bei Notlagen oder bei Gefährdern,⁷ kommt eine anderweitige Unterbringung, jedoch unter Beachtung des Trennungsgebots, in Betracht.

Durch Art. 1 Nr. 23 des Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht vom 15.8.2019 (BGBl. I S. 1294) wurde § 62b AufenthG mit Wirkung vom 21.8.2019 neu gefasst. In § 2 Abs. 14 Satz 3 und 4 und § 62b Abs. 4 Satz 1 und 2 AufenthG wurde die Ermächtigung zum **Festhalten und zur vorläufigen Ingewahrsamnahme ohne richterliche Anordnung** in Fällen der Überstellungshaft bzw. des Ausreisegewahrsams sowie in § 62 Abs. 6 AufenthG die **Mitwirkungshaft** neu normiert.

2. Ergänzende Vorbereitungshaft

Eine neue Möglichkeit der **Inhaftierung zur Vorbereitung von Abschiebungen** schafft das am 10.12.2020 in Kraft getretene Gesetz zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes vom 3.12.2020 (BGBl. I S. 2675), mit dem § 62c in das Aufenthaltsgesetz eingefügt wurde. Aufgrund der Neuregelung kann ein Asylantragsteller zur Vorbereitung einer Abschiebungsandrohung nach § 34 AsylG auf richterliche Anordnung in „ergänzende Vorbereitungshaft“ genommen werden, wenn er entgegen einem Einreise- und Aufenthaltsverbot (§ 11 Abs. 1 Satz 2 AufenthG) ohne Betretenserlaubnis nach § 11 Abs. 8 AufenthG in das Bundesgebiet eingereist ist und von ihm eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben Dritter oder bedeutende Rechtsgüter der inneren Sicherheit ausgeht, oder er aufgrund eines besonders schwerwiegenden Ausweisungsinteresses nach § 54 Abs. 1 AufenthG ausgewiesen worden ist.

⁷ Vgl. EuGH, Urt. v. 2.7.2020 – C-18/19 – VM gg. Stadt Frankfurt am Main, InfAuslR 2020, 339.

IX. Stichwortverzeichnis

- Abgabebeschluss 144
- Abschiebepatenschaften 59
- Abschiebung
 - Entziehen 109
 - Zweck 93
- Abschiebungsanordnung 99, 101, 116
 - Haftgrund 116
- Abschiebungshaft 64
 - Asylantrag 96
 - Verlängerung 144
- Abschiebungshaft aussetzen 104
- Abschiebungshaft bei Asylantrag 96
- Abschiebungshaftvollzug 143
- Abschiebungsversuch 109
- Abwehr einer erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung 159
- Amtsgericht 143
- Amtsgericht örtlich zuständig 144
- Alphabeten 141
- Anhörung 136
- Anhörung abgesehen 137
- Ankündigung der Abschiebung 110
- Anordnungsfrist 81
- Ärztliche Untersuchung 107
- Asylantrag 159
- Asylantragsteller 110, 162
- Asylantragstellung 159
- Asylfolgeantrag 97
- Asylfolgeverfahren 81
- Asylverfahren
 - am Flughafen 181
- Asylverfahren am Flughafen 181
- Aufenthaltsort
 - fehlender 113
 - Wechsel 107
- Auflagen 113
- Aufnahmemöglichkeit 76
- Ausbildungs- oder Beschäftigungsduldung 76
- Ausländer
 - Gefährlichkeit 112
- Ausländerakte 130
- Ausnahmefall 73
- Ausreise
 - freiwillige 45
- Ausreisefrist 103, 151
- Ausreisegewahrsam 64, 148
 - Dauer 148, 152
 - Ort 153
- Ausreisehindernis 80
- Ausreisepflicht 38
 - vollziehbare 114
- Ausschreibung zur Festnahme 103
- Äußerer Tatbestand 86
- Ausweisung 101
- Ausweisungsverfahren 99
- Beantragung von Sicherungshaft 103
- Bedeutende Rechtsgüter 71
- Beispiele für den Ausreisegewahrsam 148
- Belehrung 140
- Beschleunigungsgebot 129, 135
- Beschwerdeverfahren 83
- Besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse 160, 163
- Bestellung eines Verfahrenspflegers 139

IX. Stichwortverzeichnis

- Betreten der Wohnung zur Nachtzeit 94
Betretenserlaubnis 162
Betreuer 140
Bewegungsfreiheit 85
Beweislastumkehr 106
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union 160
Charterflugzeug 149
- Dauer der ergänzenden Vorbereitungshaft 164
Dauer der Mitwirkungshaft 126
Dauer der Vorbereitungshaft 100, 101
Dauer des Ausreisegewahrsams 152
Drittstaatsangehörige 91, 122
Dublin-III-Verordnung 46
Duldung 119
Durchsuchung der Wohnung 94
- EGMR 67
Einreise
– unerlaubte 114
Einreise- und Aufenthaltsverbot 109, 162
Einstweilige Freiheitsentziehung 136
Einzelhaftraum 74
Entziehen von der Abschiebung 109, 111
Ergänzende Vorbereitungshaft 64, 106, 158
Erhebliche Gefahr für Leib und Leben 163
Ermessen 152
Erscheinen unmöglich 107
EU-Außengrenze 175
Eurodac-Verordnung 56
- Europäische Menschenrechtskonvention 160
- Fahndungshilfsmittel 54
Fahndungshilfsmittel der Polizei 162
Faires Verfahren 137
Falsche Identität 106
Familien mit Minderjährigen 77
Fehlender Aufenthaltsort 113
Fesselung 66
Festhalten 54, 65, 155
Festhalten und vorläufige Ingewahrsamnahme 155
Fiktive Nichteinreise 180
Fluchtgefahr 46, 47, 48, 53
– Anhaltspunkte 105
– Annahme 49
– Vermutung 105, 106
– widerlegliche Vermutung 50
Flüchtigsein 51
Flugverbindung 154
Formen der Abschiebungshaft 92
Freiheitsberaubung 82
Freiheitsbeschränkung
– Begriff 85
Freiheitsentziehung
– Begriff 85
Freiwillige Gerichtsbarkeit 55
Fürsorge 43
- GEAS 55
Gefährder 121
Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung 159
Gefahr für die öffentliche Ordnung 71
Gefahr für Leib und Leben 71
Gefahr im Verzug 129

- Gefährlichkeit eines Ausländers 112
- Gemeinsames Europäisches Asylsystem 55
- Gerichtliche Haftanordnung 143
- Gerichtliches Verfahren 141
- Geschäftszeiten der Gerichte 156
- Gesetzesvorbehalt 26
- Gesetzlicher Richter 142
- Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit 127
- Gestaltung der Gebäude 68
- Gewahrsam 92, 100
- Gewaltbereiter Ausländer 74
- Gewöhnlicher Aufenthalt 143
- Grenzbehörden 174
- Grenzverfahren 46
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 93, 164
- Haftanordnung** 86
- Beschwerde gegen 86
- Haftanstalt 70
- Haftantrag 81, 127, 129, 134, 175
- Angaben bei Überstellungshaft 53
- Haftarten 64
- Haftaufhebungsantrag 85
- Haftaufhebungsverfahren 142
- Haftbedingungen 55, 166
- Haftdauer 122, 132
- Hafteinrichtung 93
- Hafteinrichtungen
- besondere 27, 68
- Polizei 128
- Hafteinrichtungen der Polizei 128
- Haftfähig 79
- Haftfähigkeit 79
- Haftgrund 109
- Haftmaßnahme 84
- Haftmaßnahme:Prüfung der Rechtmäßigkeit 84
- Hafträume
- Überbelegung 70
- Haftrichter
- Vorführung des Ausländers 156
- Haftunfähig 82
- Haftverlängerungsantrag 145
- Haftverlängerungsanträge 144
- Haftvollzugsbehörde 65
- Handlungsfähigkeit 76
- Härtefall 79
- Hinzuziehung anwaltlichen Beistands 137
- Historie 26
- Historische Entwicklung 26
- Höchstdauer der Sicherungshaft 102
- Identität oder Staatsangehörigkeit täuscht 152
- Identitätstäuschung 111
- Infektionsschutzgesetz 138
- Ingewahrsamnahme 54, 65
- Ingewahrsamnahme ohne richterliche Anordnung 27
- Inhaftierung ohne vorherige richterliche Anordnung 169
- INPOL 54
- Instanzenzug 83
- Internationaler Schutz 75
- IT-Systeme 57
- Justizvollzugsanstalt 67
- Kindeswohl 95

IX. Stichwortverzeichnis

- Kirchenasyl 110
Klärung schwieriger Rechts-
fragen 139
Konkrete Anhaltspunkte für eine
Fluchtgefahr 111
Kostentragung
– bei fehlender Anhörung 138
Kostentragungspflicht 146
Krankheitsbedingt 79
- Lebensgefährdung 79
Luftweg 182
- Medizinische Kenntnisse 67
Meldeauflagen 113
Meldepflicht 39, 110
Migrations- und Asylpaket 56
Milderes Mittel 93
Minderjährige 55, 94
– Inhaftierung 40
Missbräuchliche Asylantrag-
stellung 159
Mitwirkungshaft 91, 125
– Dauer 126
Mitwirkungshandlungen
– Verweigerung 113
Mitwirkungspflichten
– zumutbare 126
Mündlichkeit 137
- Nachtzeit 136
Nichterscheinen 113
Nichtzurückweisung 37
Nordrhein-Westfalen 65
Notifizierungsverfahren 59
Notlage 70
Notlagen 72
- Öffentliche Sicherheit 69, 72
Ordentliche Gerichte 67
Ordentliche Gerichtsbarkeit 142
Ort des Ausreisegewahrsams 153
- Personal 67
Personen
– schutzbedürftige 40
Persönliche Freiheit 83
Persönliche Vorführung 135
Pflicht zur Richtervorführung
156
Pflicht zur unverzüglichen Vor-
führung beim Haftrichter 170
Prozesskostenhilfe 139
- Räumlich-organisatorischer
Mindeststandard 68
Rechte des Kindes 43, 78
Rechtmäßigkeit der Haft 84
Rechtsfragen 139
Rechtsmittel gegen Asyl- und
Rückkehrentscheidungen 61
Rechtsverletzung 86
Rechtsweggarantie 83
Regelungslücke 158
Reisefähigkeit 126
– richterliche Prüfung 80
Reiseunfähigkeit 101
Richter 136
Rückführungsrichtlinie 31
– Änderung 44
Rückkehr
– Vorbereitung 125
Rückkehrentscheidung 33
Rückkehr-Koordinator 60
Rückkehrmanagement 46
Rückkehr ohne Personalausweis
oder Reisepass 123
Rückkehr-Sponsoring 59
Rückkehrstaat 75
Rückübernahmeabkommen 131

- Sachfremde Motive 159
 Sachlich zuständig 143
 Schlepper 49, 111
 Schleuser 51
 Schmerzensgeld 84
 Schriftform gebundener Haftantrag 129
 Schutzbedürftige Personen 40, 80
 Schutzmaßnahmen 75
 Schwangere 41
 Schwangerschaft 80
 Sekundäremigration 58
 Sicherheitspersonal 74
 Sicherstellung der Zurückweisung 175
 Sicherungsgrund 150
 Sicherungshaft 91, 116
 – Beantragung 103
 – Gründe 104
 – Höchstdauer 102
 – Zweck 104
 Sicherung und Durchsetzung der Ausreisepflicht 113
 Solidaritätsmechanismus 58
 Spiel- und Erholungsmöglichkeit 43
 Sprachenspektrum 68
 Strafrechtliche Verurteilung 112
 Strafvollstreckungskammer 67

 Tageszeit 135, 156
 Täuschung 152
 Täuschungshandlungen 107
 Todesstrafe 117
 Transitbereich eines Flughafens 153, 182
 Transitunterkunft 179
 Transportmittel 112
 Transportwagen 93

 Trennungsgebot 27, 67
 Trennungsprinzip 72

 Übergabe des Minderjährigen 75
 Überhaft 93, 144
 Überstellungsfrist 51, 58
 Überstellungshaft 54, 64
 Überstellungsverfahren 49
 Unbegleitete Minderjährige 75
 Unbegleitete minderjährige Ausländer 75
 Unbegleiteter Minderjähriger 75
 Unentschuldigtes Nichterscheinen 126
 Unerlaubte Einreise 114
 Unionsbürger 91
 – Inhaftnahme 91
 Unterlassene Melde- oder Anzeigepflicht 108

 Verfahren 127
 Verfahrenspfleger 138, 139
 Verfahrensrichtlinie
 – Ablösung 46
 Verhältnismäßigkeit 35
 Verhältnismäßigkeitsprüfung 43
 Verlängerung der Abschiebungshaft 144
 Verlängerung der Vorbereitungshaft 102
 Verlassen des Bezirks der Ausländerbehörde 108
 Vermutung einer Fluchtgefahr 105
 Verordnung zum Asyl- und Migrationsmanagement 58
 Vertrauensperson 138
 Verwaltungsgericht 142
 Verwaltungsgerichtsbarkeit 66
 Verwaltungsgewahrsam 127, 155, 170

IX. Stichwortverzeichnis

- Vollstreckung einer richterlichen Haftanordnung 82
Vollstreckungsrecht 65
Vollziehbare Ausreisepflicht 114
Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht 82
Vollzug der Abschiebungshaft 66, 143
Vollzug der ergänzenden Vorbereitungshaft 166
Vollzugskrankenhaus 79
Vollzugsvorschriften 67
Vorbereitung der Rückkehr 125
Vorbereitung einer Abschiebungsandrohung 162, 163
Vorbereitung oder Sicherung der Abschiebung 127
Vorbereitungshaft 83, 91, 98
– Dauer 100, 164
– ergänzende 27, 106, 158
– Verlängerung 102
– Vollzug 166
Vorbereitungshaft in speziellen Hafteinrichtungen 167
Vorführung des Ausländers beim Haftrichter 156
Vorläufige Ingewahrsamnahme 155
Vormundschaft 95
- Warn- und Besinnungsfunktion** 126
- Wartezeiten am Flughafen 149
Wechsel des Aufenthaltsorts 107
Widerlegliche Vermutung einer Fluchtgefahr 106
Wohl des Kindes 38, 76, 78
- Zahlungen 111
Zahlungen an Dokumentenfälscher 112
Zumutbare Mitwirkungspflichten 126
Zurückschiebungshaft 64
Zurückweisung an der Außengrenze 174
Zurückweisung an der Binnengrenze 177
Zurückweisung eines Asylsuchenden 178
Zurückweisungshaft 64, 174
Zuständigkeit
– Beschwerde 145
Zuständigkeit der Ausländerbehörde 145
Zustimmung der Staatsanwaltschaft 132, 133
Zwangsmaßnahmen 128
Zweck der Sicherungshaft 104
Zweifel an der Volljährigkeit 95
Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht 27